

80 JAHRE NACH DER AUSCHWITZ- BEFREIUNG / EINEN MONAT VOR DER BUNDESTAGSWAHL

**„Wir müssen genau jetzt alle
demokratischen Kräfte bündeln,
um gegen rechtsextreme Politik
einzutreten“**

- Im Gedenkjahr und im Vorfeld einer historisch wichtigen Bundestagswahl appelliert die Bildungsstätte Anne Frank an alle demokratischen Akteur*innen, sich geschlossen gegen Rechtsextremismus und für den Erhalt demokratischer Werte einzusetzen
- 80 Jahre nach dem Sieg über den Faschismus gilt es zu beweisen, dass Lehren aus der Geschichte gezogen wurden und die Ächtung von Antisemitismus, Rassismus und anderer menschenfeindlicher Ideologien ernstgemeint sind

Anlässlich des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar, appelliert die Bildungsstätte Anne Frank an die breite Gesellschaft, sich entschlossener gegen Antisemitismus, Rassismus und jegliche Form des Menschenhasses einzusetzen. 80 Jahre nach dem Sieg über den Faschismus in Europa stehe Deutschland vor einer Schicksalswahl:

„Die Geschichte zeigt: Faschismus braucht nicht die Zustimmung der Mehrheit, um gefährlich zu werden. Er lebt von der Apathie der Vielen und der Entschlossenheit einer lautstarken Minderheit, menschenfeindliche Politik durchzusetzen. Jetzt ist keine Zeit für Resignation und Politikverdruss – **dieser Tage sollte jede und jeder politisch sein und aktiv für den Erhalt unserer demokratischen Werte und unserer pluralen Gesellschaft eintreten**“, betont Dr. Deborah Schnabel, Direktorin der Bildungsstätte Anne Frank. „Was wir jetzt brauchen, ist ein klares Bekenntnis gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit in all ihren Ausprägungen. Ob Schulen oder Hochschulen, Medien, Kulturinstitutionen oder Wirtschaftsunternehmen: **Es gilt jetzt Haltung zu zeigen gegen die AfD in allen wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens.** Es ist nicht die Zeit, sich hinter einem vermeintlichen Neutralitätsgebot zu verstecken oder vorzugeben, man sei nicht politisch. Jetzt sind alle gefragt, öffentlich und im persönlichen Umfeld Position gegen Menschenfeindlichkeit und für Demokratie zu beziehen – jene Menschen, die persönlich nicht von Antisemitismus, Rassismus oder anderen diskriminierenden Ideologien betroffen sind, umso mehr.“

Offener Geschichtsrevisionismus

Gerade im geschichtsträchtigen Jahr 2025, in dem sich die Auschwitzbefreiung, der Sieg über Nazi-Deutschland und das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 80. Mal jähren, sei die anstehende Bundestagswahl immens wichtig. „Dass die **AfD schon aus historischer Perspektive unwählbar** ist, hat nicht zuletzt Alice Weidels Parteitagrede gezeigt. Der offene Geschichtsrevisionismus, der in der Behauptung, Hitler sei ein Linker gewesen steckt, soll die extrem rechte und völkische Ideologie ihrer Partei verschleiern und verhöhnt die Opfer des Nationalsozialismus. Das eine solche Aussage eine Kanzlerkandidatin nicht umgehend diskreditiert in Zeiten, in denen die Bedrohungslage durch Antisemitismus und Rassismus so hoch ist, wie lange nicht, erschüttert mich auch ganz persönlich – das sage ich mit Nachdruck als Direktorin einer Einrichtung der historisch-politischen Bildung und als Jüdin.“ Die AfD wird laut einem Gerichtsurteil aus dem vergangenen Jahr vom Verfassungsschutz zu Recht als rechtsextremer Verdachtsfall geführt. Mehrere Landesverbände, sowie die Junge Alternative gelten als gesichert rechtsextrem

Trotzdem, führt Schnabel weiter aus, bröckele der Widerstand gegen rechtsextreme Positionen, die vielbeschworene Brandmauer der demokratischen Parteien gegen rechts werde infrage gestellt oder durch Übernahme von AfD-Positionen schleichend unterhöhlt: „**Wir leben in Zeiten, in denen selbst offenkundigster Rechtsextremismus als legitime politische Meinungsäußerung normalisiert wird.** Die rechte Diskursverschiebung ist so weit fortgeschritten, dass politische Forderungen, wie Remigration, die im vergangenen Jahr noch Millionen von Menschen auf die Straße trieben, nun offen im Wahlprogramm der AfD stehen, ohne dass es dagegen nennenswerten gesellschaftlichen Widerstand gäbe. Unsere Forderungen richten sich deshalb auch an die etablierten Parteien, diese extrem rechten Positionen nicht zu übernehmen, sondern sich klar von ihnen zu distanzieren. Ein Wahlkampf darf nicht auf dem Rücken von Minderheiten geführt werden. Vielmehr müssen konkrete Lösungen herausgearbeitet werden, die den Zusammenhalt und die Integrationsmöglichkeiten in unserer Gesellschaft glaubhaft fördern“, führt Deborah Schnabel weiter aus. „Wir dürfen nicht zulassen, dass rechtsextreme Politik bestimmt, welche Menschen aus unserer Gesellschaft

ausgeschlossen werden. Im Gegenteil: gerade jetzt bräuchte es einen konsequenten, gesamtgesellschaftlichen Ausschluss rechtsextremer Akteur*innen.“

Gemeinsam gegen die Verrohung des Diskursklimas

Zugleich gelte es, politische Differenzen im demokratischen Spektrum auch auszuhalten, gemeinsam gegen demokratiegefährdende Entwicklungen und Diskurse einzustehen und soziale Probleme ernsthaft politisch wie medial zu adressieren: **„Im laufenden Wahlkampf und darüber hinaus liegt es in der Verantwortung der demokratischen Parteien, der zunehmenden Verrohung des Diskursklimas, insbesondere auch in den Sozialen Medien, entgegenzuwirken und den Schutz von jungen Menschen und Minderheiten vor demokratiegefährdenden Aussagen, Hass und Hetze zu priorisieren“** , sagt Direktorin Schnabel. Dabei müssten vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen rund um Meta, X & Co auch die Plattformbetreiber stärker in die Pflicht genommen werden, sich entsprechend ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung zu engagieren und klar zwischen Meinungsfreiheit und Extremismus zu differenzieren. Die Direktorin der Bildungsstätte Anne Frank schließt mit dem Appell:

„Gerade in Krisenzeiten braucht es ein wohlwollendes und fehlertolerantes Diskursklima im demokratischen Spektrum. Wir rufen dazu auf, jetzt noch einmal alle Kräfte zu bündeln, um geschlossen gegen die Feinde der Demokratie aufzustehen – und zwar über alle Differenzen hinweg.“

Hinweise für Ihre Berichterstattung

Die Bildungsstätte Anne Frank begleitet sowohl das historische Gedenkjahr 2025 als auch die anstehende Bundestags-Neuwahl als Schwerpunkt in ihrer Social-Media- und Veranstaltungsplanung:

- 80 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus erinnert die Bildungsstätte Anne Frank mit **Social-Media-Postings** besonders an diejenigen, die Widerstand geleistet und sich für Menschlichkeit eingesetzt haben. Das ganze Jahr über teilen wir auf unseren Kanälen die **Geschichten von Einzelpersonen und Widerstandsgruppen, die Verfolgte des Nationalsozialismus gerettet haben oder sich aktiv gegen das Regime zur Wehr gesetzt haben** . Wir nutzen dabei einen weiten Begriff von Widerstand, der auch kulturelle Handlungen umfasst – wie etwa das Verfassen von Zeugnissen über die Verbrechen von NS-Deutschland. Unsere Reihe beginnt deshalb mit Otto Frank, Anne Franks Vater, der Auschwitz überlebte und der Nachwelt das Tagebuch seiner Tochter zugänglich machte, das bis heute für den Glauben an Menschlichkeit unter widrigsten Bedingungen steht.
- Mit unserer **Red-Flag-Aktion** ziehen wir klare Grenzen, wenn Parteien oder Politiker*innen im Wahlkampf Stimmung auf Kosten von Minderheiten machen. Wir weisen auf Diskriminierung, Entmenschlichung und Geschichtsrevisionismus hin, ebenso wie auf die Normalisierung rechtsextremer Parolen – dafür gibt es eine Red Flag. Zugleich feiern wir mutiges Eintreten für die Demokratie im Wahlkampf und verteilen dafür Green Flags. Unsere Beobachtungen dokumentieren wir auf Instagram und unserer Website.
- **Dienstag, 11. Februar 2025, 17.30 Uhr** , auf dem TikTok-Kanal der Bildungsstätte Anne Frank (@bsannefrank): **TikTok-Live zur Bundestagswahl** mit dem Journalisten und YouTuber **Mirko Drotschmann, alias „MrWissen2go“**
- **Montag, 17. Februar, 18 Uhr** (Einlass 17 Uhr): **„Sparkle of Hope: Demokratie verteidigen“ – Moderierter Dinnertalk** in der Bar Shuka im Frankfurter Bahnhofsviertel. Mit **Sanaz Azimipour** (setzt sich mit der Initiative „Nicht ohne uns

14 %“ für ein Wahlrecht von Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft ein), **Marcus Bensmann** (Investigativjournalist für das Recherchenetzwerk Correctiv und Autor mehrerer Bücher über die AfD), **Alon Ishay** (Präsident der Jüdischen Hochschüler*innenschaft Österreich, Mitorganisator von Protestaktionen gegen die FPÖ), **Veronique Zanetti** (Professorin für Politische Philosophie, Universität Bielefeld. Autorin von „Spielarten des Kompromisses“). Moderiert von **Dr. Deborah Schnabel, Direktorin der Bildungsstätte Anne Frank.**

Selten standen demokratische Werte so sehr unter Beschuss – zugleich fühlen sich viele wie gelähmt: Kann ich überhaupt noch etwas bewegen? Welche Kompromisse bin ich bereit einzugehen? Wie kann ich mich engagieren für den Erhalt der Demokratie – auch in Bündnissen, deren Werte ich nicht zu 100 Prozent teile? Und kann es eigentlich auch Spaß machen, für die Demokratie zu kämpfen? Kurz vor der Bundestags-Neuwahl und rund ein Jahr, nachdem Millionen von Menschen in Deutschland gegen die Remigrations-Pläne der AfD und für Demokratie auf die Straße gingen, lädt die Bildungsstätte Anne Frank zum Dinnertalk “Demokratie verteidigen” in die Bar Shuka ein. Eine Veranstaltung in unserer Reihe “Sparkle of Hope”: Hoffungsstiftende Impulse in krisenhaften Zeiten.

→ Merken Sie sich diesen Termin gerne schon für Ihre Berichterstattung vor! Nähere Details zum Unkostenbeitrag (incl. Essen) und Buchungsmöglichkeiten finden sich in Kürze auf unserer Website. Wenn Sie als Berichterstatter*in am „Sparkle of Hope“-Dinnertalk teilnehmen möchten, schreiben Sie einfach eine kurze Mail an presse@bs-anne-frank.de

Der Holocaust-Gedenktag

Am 27. Januar 1945 befreiten Soldaten der Roten Armee das Vernichtungslager Auschwitz. Dort waren insgesamt 1,1 Millionen Menschen ermordet worden, vor allem Jüdinnen und Juden, aber auch Pol*innen, Sinti und Roma, Homosexuelle und sowjetische Kriegsgefangene. Auch Anne Frank und ihre Familie wurden 1944 von den Nationalsozialisten nach Auschwitz deportiert. Ihre Mutter Edith Frank starb dort am 6. Januar 1945, nur wenige Wochen vor der Befreiung des Lagers. Die Todestage von Anne und ihrer Schwester Margot, die von Auschwitz nach Bergen-Belsen deportiert wurden, jähren sich im Februar/März ebenfalls zum 80. Mal. Der 27. Januar ist seit 1996 offizieller Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus.

Über die Bildungsstätte Anne Frank

Als Zentrum für politische Bildung ist die Bildungsstätte Anne Frank e.V. in Frankfurt, Hessen und bundesweit aktiv, um Jugendliche und Erwachsene für Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken.

#NieWiederIstJetzt

Marie-Sophie Adeoso
Ansprechpartnerin für
die Presse

#ZusammenGegenRechts

T. (+49)69 560 00 - 264
M. madeoso@bs-anne-frank.de
→ bs-anne-frank.de

#OnThisDay

Hansaallee 150 |
60320 Frankfurt am Main